3-05 O 127/14

LANDGERICHT FRANKFURT AM MAIN
BESCHLUSS

In den Spruchverfahren

wegen der Angemessenheit der Abfindung der ~~ausgeschlossenen Minderheitsaktionäre~~ der
P & I Personal & Informatik AG

gegen

hat die 5. Kammer für Handelssachen des Landgerichts Frankfurt am Main
nach mündlicher Verhandlung vom 16.2.2016
durch den Vorsitzenden Richter am Landgericht
und die Handelsrichter und am 16.2.2016 beschlossen:

Die Anträge werden zurückgewiesen.

Die gerichtlichen Kosten des Verfahrens einschließlich der Vergütung des Vertreters der außenstehenden Aktionäre sowie ihre außergerichtlichen Kosten hat die Antragsgegnerin zu tragen.

Eine Erstattung der außergerichtlichen Kosten der Antragsteller findet nicht statt.

Der Geschäftswert für die Gerichtskosten und der Wert für die Vergütung des Vertreters der außenstehenden Aktionäre wird auf EUR 200.000,-- festgesetzt.

Die Beschwerde wird nicht zugelassen, wenn die Beschwer EUR 600,-- nicht übersteigt.

Gründe

I.

Die P & I Personal & Informatik AG (im Folgenden P&I) mit Sitz in Wiesbaden ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Sie ist unter HRB 9110 im Handelsregister des Amtsgerichts Wiesbaden eingetragen. Das Geschäftsjahr der P&I beginnt am 1. April und endet am 31. März des folgenden Kalenderjahres.

Zum P&I-Konzern gehörten ausweislich des geprüften Konzernabschlusses zum 31.03.2014 neben der P&I als Mutterunternehmen sechs Tochterunternehmen, an denen die P&I AG mittelbar und unmittelbar zu jeweils 100 % beteiligt ist:

- P&I Beteiligungsgesellschaft mbH, Wiesbaden,
- P&I Personeel & Informatica B. V., Amsterdam, Niederlande,
- P&I Personal & Informatik s. r. o., Bratislava, Slowakei,
- P&I Personal & Informatik Gesellschaft mbH, Wien, Österreich,
- P&I Personal & Informatik AG, Thalwil, Schweiz,
- Mirus Software AG, Davos, Schweiz.

Gegenstand der Gesellschaft war im Jahre 2014 entsprechend Satzung in ihrer Fassung vom 9.3.2013 die Erstellung, der Vertrieb und die Wartung von Software und die hiermit verbundene Beratung und Schulung des Bedienungspersonals sowie der Handel mit EDV-Geräten und Software. Schwerpunkte sind die Bereiche des Personalwesens und die in diesem Bereich anfallenden Informatiktätigkeiten wie Programmierung, Personaldatenbanken, Projektmanagement, Personaldatengrafik, Bildverarbeitung, Prozessdatenverarbeitung, PPS, Netzwerksteuerung und spezielle Abfragesprachen. Weiter war Gegenstand des Unternehmens die Bereitstellung von Software durch die Gesellschaft in einem Rechenzentrum für die Nutzung durch Dritte sowie die entsprechende Erbringung von Dienstleistungen.

Das Grundkapital der P&I betrug zum 2.9.2014 (dem Bewertungsstichtag) EUR 7.700.000 und war eingeteilt in 7.700.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien, jeweils mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,00. Die P&I hielt nach eigenen Angaben zum 08.07.2014 168.873 eigene Aktien. Die Aktien der P&I AG sind zum Handel am regulierten Markt in Frankfurt (Prime Standard) zugelassen und werden über die Handelsplattform XETRA sowie im Freiverkehr an den Börsenplätzen Berlin, Düsseldorf, und Stuttgart gehandelt.

Zum Bewertungsstichtag hielt die Antragsgegnerin ca. 95,41 % der Anteile am Grundkapital und der Stimmrechte der P&I.

Zwischen der P&I und der Antragsgegnerin besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag, dem die Hauptversammlung der P&I am 24.03.2011 zugestimmt hat.

Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag sah eine Garantiedividende von 1,78 EUR je Stückaktie der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von 1 EUR abzüglich anteiliger Körperschaftsteuer sowie Solidaritätszuschlag nach dem jeweils für das betreffende Geschäftsjahr geltenden Steuersatz oder eine Barabfindung von 25,01 EUR vor. Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag wurde auf mindestens 5 Jahre abgeschlossen.

Gegen die Angemessenheit der im Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vereinbarte Abfindung vor dem Landgericht Frankfurt am Main war zu Az. 3-05 O 64/11 ein Spruchverfahren anhängig. Mit Beschluss der Kammer vom 24.2.2015 hat die Kammer den Ausgleich § 304 AktG je Aktie auf EUR 1,68) (zzgl. betriebl. Körperschaftsteuerbelastung und Solidaritätszuschlag, d.h. brutto EUR 1,93) festgesetzt und im Übrigen die Anträge auf Erhöhung der Abfindung nach § 305 AktG zurück gewiesen. Mit Beschluss vom 29.1.2016 – 21 W 70/15 - hat das Oberlandesgericht Frankfurt am Main die Beschwerden gegen diesen Beschluss zurückgewiesen, bzw. verworfen, so dass die Entscheidung der Kammer rechtskräftig geworden ist.

Nach Einleitung des Spruchverfahrens gegen die Abfindung und den Ausgleich des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags wurde in einer Hauptversammlung der P&I vom 2.9.2014 die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre gegen Barabfindung in Höhe von EUR 70,90 beschlossen.

Für die Ermittlung einer angemessenen Abfindung hatte die Antragsgegnerin beauftragt, eine gutachtliche Stellungnahme zum Unternehmenswert der P&I zum Tag der geplanten Hauptversammlung am 2.9.2014 zu erstellen.

Als Abfindungsbetrag wurde von je Stückaktie ein Betrag vom EUR 70,65 aufgrund des Ertragswerts ermittelt, da der gewichtete durchschnittlichen Börsenkurs am Tag der Bekanntgabe des Übertragungsverlangens am 5.5.2014 mit EUR 62,32 darunter lag. Wegen der Einzelheiten wird auf den zu der Akte gereichten Übertragungsbericht nebst der gutachterlichen Stellungnahme (Anlage AG 1 und Anlage AG 5) verwiesen

Auf Antrag der Antragsgegnerin hatte das Landgericht Frankfurt am Main mit Beschluss vom 6.5.2014– 3-05 O 41/12 –

(im folgenden Prüferin) zur sachverständigen Prüferin für die Angemessenheit der Barabfindung nach § 327b AktG bestellt. In ihren Prüfbericht vom 8.7.2014 wird die Angemessenheit der Abfindung von EUR 70,66 bestätigt. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den zu der Akte gereichten Prüfbericht vom 8.7.2014 (Anlage AG 2) verwiesen.

Die Hauptversammlung der P&I vom 2.9.2014 beschloss auf Verlangen der Antragsgegnerin gemäß § 327a AktG, die Aktien der übrigen Aktionäre der P&I(Minderheitsaktionäre) auf die Antragsgegnerin als Hauptaktionärin gegen Gewährung einer Barabfindung in Höhe von EUR 70,90 je Aktie zu übertragen. Dieser erhöhten Festsetzung lag zugrunde, dass die Antragsgegnerin infolge eines veränderten Basiszinses und aktueller Beta-Faktoren ihr Angebot entsprechend erhöht hatte.

Der Ausschluss der Minderheitsaktionäre wurde am 27.10.2014 in das Handelsregister eingetragen und am 27.10.2014 gem. § 10 HGB bekannt gemacht.

Im vorliegenden Verfahren begehren die Antragsteller und der Vertreter der außenstehenden Aktionäre eine Erhöhung der Abfindung für den Ausschluss als Aktionäre der P&I. Sie tragen u. a. vor, die Prüfung durch den sachverständigen Prüfer sei nicht ordnungsgemäß erfolgt. Synergien seien nicht ausreichend berücksichtigt worden. Die Ermittlung des Ertragswertes sei nicht ordnungsgemäß erfolgt, sondern die prognostizierten Ergebnisse in der Planung seien zu niedrig angesetzt worden und nicht plausibel. Die angesetzte Thesaurierungsquote sei nicht sachgerecht. Sonderwerte seien nicht ordnungsgemäß ermittelt worden. Die angesetzte betriebsnotwendige Liquidität von TEUR 16.000 sei im Hinblick auf den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag nicht plausibel. Das nicht betriebsnotwendige Vermögen bzw. Sonderwerte seien nicht ordnungsgemäß berücksichtigt worden

Die Zinssätze des Kapitalisierungszinssatzes seien unzutreffend angesetzt worden, bzw. unzutreffend ermittelt worden. Der Basiszins sei hoch, ebenfalls der Risikozuschlag. Eine Markttrisikoprämie von 5,5 % sei überhöht, auch der Beta-Faktor von 0,8. Es hätte das eigene Beta der P&I verwendet werden müssen, jedenfalls sei die peer-group nicht sachgerecht zusammengesetzt worden. Der Wachstumsabschlag sei angesichts einer Inflationserwartung

der EZB von 2 % mit 1 % zu niedrig. Als relevanter Börsenkurs hätte der Kurs am Stichtag herangezogen werden müssen, diese habe über dem Abfindungsbetrag gelegen.

Wegen der weiteren Einwendungen sowie Einzelheiten wird auf die jeweiligen Antragschriften und die ergänzenden Schriftsätze der Antragsteller und des Vertreters der außenstehenden Aktionäre verwiesen.

Die Antragsgegnerin ist diesen Bewertungsrügen entgegen getreten. Die Prüfung durch den gerichtlich bestellten Prüfer sei ordnungsgemäß erfolgt.

Es seien die Ertragsprognosen ebenso wenig zu beanstanden wie die Ansätze zum Kapitalisierungszinssatz.

Der Ertragswert der P&I sei im Übertragungsbericht zutreffend ermittelt worden. Die Planung selbst sei ordnungsgemäß erfolgt, plausibel und nicht zu vorsichtig. Die Vergangenheitsanalyse sei sachgerecht durchgeführt worden. Die angenommene Thesaurierung von 50 % sei sachgerecht. Sonderwerte seien zutreffend ermittelt worden. Die angesetzte betriebsnotwendige Liquidität von TEUR 16.000,-- sei sachgerecht. Synergien seien ordnungsgemäß berücksichtigt worden, wobei diese nur ohne den Bewertungsanlass zu berücksichtigen seien.

Die Kapitalisierungszinsen seien angemessen und sachgerecht angesetzt worden.

Der angesetzte Basiszins von 2,25 % sei zum Stichtag angemessen gewesen. Auch der Risikozuschlag sei aufgrund des ordnungsgemäß herangezogenen TAX-CAPM-Modells mit einer Marktrisikoprämie von 5,5 % und einem Beta Faktor von 0,8 mittels einer peer-group zutreffend ermittelt. Das eigene Beta der P&I sei nicht verwendbar gewesen. Auch der Wachstumsabschlag sei mit 1 % zutreffend angesetzt.

Der Börsenkurs führe zu keiner höheren Abfindung geführt, da der anzusetzende gewichtete durchschnittliche Börsenkurs von 3 Monaten vor dem Zeitpunkt der Bekanntgabe der Maßnahme .d.h. hier am 5,5,2014 - insoweit unbestritten - nur EUR 62,32 betragen habe.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Antragsrüge vom 24.6.2015 (Bl. 995 ff, Bd. XXXX d. A.) Bezug genommen.

II.

Die Anträge sind unbegründet.

Eine Erhöhung der beschlossenen Barabfindung von EUR 70,90 ist nicht vorzunehmen.

Die Minderheitsaktionäre, deren Aktien auf die Antragsgegnerin übertragen wurden, haben nach §§ 327a Abs. 1 Satz 1, 327b Abs. 1 Satz 1 AktG einen Anspruch auf eine angemessene Barabfindung, die ihnen eine volle wirtschaftliche Kompensation für den Verlust ihrer Beteiligung an dem Unternehmen verschafft (BVerfG, ZIP 2007, 1261; BGH, ZIP 2005, 2107 OLG Stuttgart Beschl. v. 8.7.2011 – 20 W 14/08 – BeckRS 2011, 18552 m.w.Nachw.). Das Gericht hat aber nach § 327f Satz 2 AktG nur dann eine (neue) angemessene Barabfindung zu bestimmen, wenn die angebotene Abfindung unangemessen ist.

Unangemessen ist die angebotene Abfindung, wenn sie den übrigen Aktionären keine volle Entschädigung für den Verlust ihres Aktieneigentums bietet. Die angebotene Abfindung muss deshalb dem Verkehrswert entsprechen (BVerfGE 100, 289 „DAT/Altana“). Der Verkehrswert des Aktieneigentums ist vom Gericht im Wege der Schätzung entsprechend § 287 Abs. 2 ZPO zu ermitteln (BGHZ 147, 108; „DAT/Altana“; OLG Frankfurt, Beschl. v. 24.11.2011 – 21 W 7/11 –). Als Grundlage für diese Schätzung stehen dem Gericht fundamentalanalytische Wertermittlungsmethoden wie das Ertragswertverfahren ebenso zur Verfügung wie marktorientierte Methoden, etwa eine Orientierung an Börsenkursen. Das (Verfassungs)recht gibt keine bestimmte Wertermittlungsmethode vor (BVerfG NZG 2011, 86; Telekom/T-Online“; BVerfGE 100, 289 „DAT/Altana“; BGH NZG 2016, 139; OLG Frankfurt, Beschl. v. 24.11.2011 – 21 W 7/11 –; OLG Stuttgart, Beschl. v. 17.10.2011 – 20 W 7/11 – BeckRS 2011, 24586 m.w.Nachw.). Die mit den unterschiedlichen Methoden ermittelten rechnerischen Ergebnisse geben aber nicht unmittelbar den Verkehrswert des Unternehmens bzw. den auf die einzelne Aktie bezogenen Wert der Beteiligung daran wieder, sondern bieten lediglich einen Anhaltspunkt für die Schätzung des Verkehrswerts entsprechend § 287 Abs. 2 ZPO. Mehr als ein Anhaltspunkt kann sich daraus schon deshalb nicht ergeben, weil die Wertermittlung nach den einzelnen Methoden mit zahlreichen prognostischen Schätzungen und methodischen Einzelentscheidungen verbunden ist, die jeweils nicht einem Richtigkeits-, sondern nur einem Vertretbarkeitsurteil zugänglich sind (vgl. OLG Stuttgart ZIP 2010, 274). Dabei ist zu bedenken, dass zu zahlreichen Details in der Literatur und der Rechtsprechung unterschiedliche Auffassungen vertreten werden, so dass

nicht nur die unterschiedlichen Methoden zu unterschiedlichen Werten führen, sondern auch die unterschiedliche Anwendung derselben Methode unterschiedliche Beträge ergeben kann.

Daher ist der Forderung im Rahmen des Spruchverfahrens müsse die Richtigkeit und nicht lediglich die Vertretbarkeit der Wertbemessung festgestellt werden (so Lochner AG 2011, 692, 693 f.) nicht zu folgen. Denn mit dieser eingeforderten Richtigkeitskontrolle wird etwas letztlich Unmögliches verlangt. Einen wahren, allein richtigen Unternehmenswert – nach der hier von einigen Antragstellern und der Antragsgegnerin zugrunde gelegten

Ertragswertmethode - gibt es bereits deshalb nicht, weil dieser von den zukünftigen Erträgen der Gesellschaft sowie einem in die Zukunft gerichteten Kapitalisierungszins abhängig ist und die zukünftige Entwicklung nicht mit Sicherheit vorhersehbar ist. Entsprechend führen die zahlreichen prognostischen Schätzungen und methodischen Einzelentscheidungen, die Grundlage jeder Unternehmensbewertung sind und zwingend sein müssen, im Ergebnis dazu, dass die Wertermittlung insgesamt keinem Richtigkeits-, sondern nur einem

Vertretbarkeitsurteil zugänglich ist (vgl. BGH NZG 2016, 139; OLG Stuttgart, Beschluss vom 8. Juli 2011 - 20 W 14/08 – AG 2011, 795).

Soweit gleichwohl in manchen – auch verfassungsgerichtlichen Entscheidungen (vgl. BVerfG Beschl v. 24.5.2012 – 1 BvR 3221/10 – BeckRS 2012, 55224 -) – von dem „richtigen“, „wahren“ oder „wirklichen Wert“ der Beteiligung die Rede ist, ist dies im Sinne einer Wertspanne zu verstehen, weil weder verfassungsrechtlich noch höchstrichterlich etwas gefordert wird, was tatsächlich unmöglich ist, nämlich einen einzelnen Unternehmenswert als allein zutreffend zu identifizieren. Dies wird in der vorgenannten Entscheidung letztlich dadurch zum Ausdruck gebracht, dass die Begriffe auch dort in Anführungszeichen gesetzt sind und mithin in modalisierender Funktion verwendet werden.

Der Wert eines Unternehmens lässt sich aus dem Nutzen ableiten, den das Unternehmen insbesondere aufgrund seiner zum Bewertungsstichtag vorhandenen materiellen Substanz, seiner Innovationskraft, seiner Produkte und Stellung am Markt, seiner inneren Organisation sowie seines Managements zukünftig unter Aufrechterhaltung der Unternehmenssubstanz erbringen kann.

Diese Erkenntnis ist bei der Beurteilung der vom Gericht für die eigene Schätzung heranzuziehenden Schätzgrundlagen zu berücksichtigen. Ausgangspunkt der gerichtlichen Schätzung nach § 287 Abs. 2 ZPO ist nämlich die zur Grundlage der unternehmerischen Maßnahme durchgeführte, der Hauptversammlung vorgelegte und sodann von einem gerichtlich bestellten Prüfer untersuchte Wertbemessung der Antragsgegnerin. Die dort

enthaltenen Prognosen, Parameter und Methoden sind im Regelfall vom Gericht zur eigenen Schätzung heranzuziehen, solange sie ihrerseits vertretbar sind und insgesamt zu einem angemessenen, d.h. zugleich nicht allein richtigen Ausgleich führen (ähnlich BVerfG Beschl. v. 24.5.2012 – 1 BvR 3221/10 – BeckRS 2012, 55224 -; BG NZG 2016, 139; KG WM 2011, 1705).

Jedoch ist die gerichtliche Überprüfung stets das Ergebnis einer eigenen Schätzung des Gerichts. Dies beinhaltet aber ggf. auch eine abweichende eigenständige Schätzung des Gerichts etwa ausschließlich anhand des Börsenkurses oder anderer Methoden. Insoweit ist die gerichtliche Überprüfung nämlich stets das Ergebnis einer eigenen Schätzung des Gerichts, die sich nicht lediglich auf die Untersuchung der Vertretbarkeit der bei der Wertermittlung der Antragsgegnerin zur Anwendung gelangten, einzelnen Wertermittlungsmethoden und Einzelwerte zu beschränken hat, sondern insgesamt die Angemessenheit der gewährten Zahlung zu untersuchen hat (vgl. OLG Frankfurt, Beschluss vom 24.11.2011 – 21 W 7/11 –). Dabei ist nicht der höchst mögliche Wert zu finden, sondern der angemessene. Den Grundsatz der Meistbegünstigung gibt es für die ausgeschiedenen abfindungsberechtigten Minderheitsaktionäre nicht (vgl. BGH NZG 2016, 139; OLG Frankfurt, Beschluss vom 24.11.2011 - 21 W 7/11 – mwN).

Im Rahmen der Tatsachenfeststellung zur Unternehmensbewertung im Spruchverfahren sind nämlich die in die Zukunft gerichteten Planungen der Unternehmen und die darauf aufbauenden Prognosen ihrer Erträge durch das Gericht nur eingeschränkt überprüfbar. Sie sind in erster Linie ein Ergebnis der jeweiligen unternehmerischen Entscheidung der für die Geschäftsführung verantwortlichen Personen. Diese Entscheidungen haben auf zutreffenden Informationen und daran orientierten, realistischen Annahmen aufzubauen; sie dürfen zudem nicht in sich widersprüchlich sein. Kann die Geschäftsführung auf dieser Grundlage vernünftigerweise annehmen, ihre Planung sei realistisch, darf diese Planung nicht durch andere - letztlich ebenfalls nur vertretbare - Annahmen des Gerichts ersetzt werden (OLG Stuttgart, Beschluss v. 13.3.2010 – 20 W 9/08 -; AG 2007, 596, 597 f; AG 2007, 705, 706; NZG 2007, 112, 114; AG 2006, 420, 425).

Zu berücksichtigen ist zudem weiter bei der Bewertung, dass sie nach ihren zu Grunde liegenden Erkenntnismöglichkeiten nicht in der Lage sein kann, mathematisch einen exakten oder „wahren“ Unternehmenswert am Stichtag festzustellen.

Nachdem auch das Ergebnis auf Grund der verschiedenen Ungenauigkeiten und subjektiver Einschätzungen der Bewerter (vgl. hierzu im Einzelnen Kammerbeschlüsse v. 13.3.2009 - 3-05 O 57/06 - ZIP 2009, 1322 - und 25.11.2014 - 3-05 O 43/13 -) letztlich nur eine Schätzung des Unternehmenswerts darstellt, müssen es die Verfahrensbeteiligten hinnehmen, dass eine Bandbreite von unterschiedlichen Werten als angemessene Abfindung existiert (vgl. OLG Stuttgart ZIP 2004, 712, 714; BayObLG AG 2006, 41, 43) und das erkennende Gericht unter Berücksichtigung aller maßgeblichen Umstände (vgl. BGH NJW-RR 2002, 166, 167) hieraus einen Wert festsetzt.

Bei der Feststellung und Bewertung der erforderlichen Tatsachen, aus denen sich die Angemessenheit der Abfindung ergibt, hat sich das Gericht der ihm nach der Verfahrensordnung zur Verfügung stehenden Erkenntnismöglichkeiten zu bedienen, soweit das nach den Umständen des zu entscheidenden Falles geboten ist. Soweit zu umstrittenen Bewertungsfaktoren Tatsachenfeststellungen erforderlich sind, entscheidet das Gericht über Notwendigkeit, Art und Umfang einer Beweisaufnahme nach pflichtgemäßem Ermessen; hier ist außerdem § 287 Abs. 2 ZPO auch im Hinblick darauf anwendbar, dass jede Bewertung naturgemäß eine mit Unsicherheiten behaftete Schätzung – wobei zudem § 738 BGB als Grundnorm der Unternehmensbewertung selbst von Schätzung spricht - und keine punktgenaue Messung sein kann und dass deshalb Aufwand, Kosten und Dauer des Verfahrens in einem angemessenen Verhältnis zum Erkenntnisgewinn liegen müssen (OLG Stuttgart AG 2006, 423 m. w. Nachw.). Das Gericht kann im Spruchverfahren nach pflichtgemäßem Ermessen und insb. nach Maßgabe des § 287 Abs. 2 ZPO auch auf sonstige Erkenntnismöglichkeiten zur Ermittlung der Angemessenheit der Abfindung zurückgreifen. Der Schutz der Minderheitsaktionäre erfordert es daher nicht, im Spruchverfahren grundsätzlich neben dem gerichtlich bestellten Prüfer einen weiteren Sachverständigen heranzuziehen. Die Einschaltung eines vom Gericht im Vorfeld der Maßnahme bestellten Prüfers soll dem präventiven Schutz der Anteilseigner dienen, indem der Übertragungsbericht einer sachkundigen Plausibilitätskontrolle unterworfen wird. Gerade die Angemessenheit der Abfindung ist Gegenstand dieses präventiven Aktionärsschutzes. Das Gutachten des Abfindungsprüfers kann deshalb im gerichtlichen Verfahren berücksichtigt werden (OLG Düsseldorf, NZG 2000, 1079 = BB 2000, 1108). Im Übrigen haftet der Abfindungsprüfer nach § 327c Abs. 3 i. V. m. § 293d Abs. 2 AktG auch gegenüber den Anteilshabern. Dass seine Prüfung regelmäßig gleichzeitig mit dem Erstellen des Übertragungsberichts erfolgt, ändert nichts daran, dass es sich um eine unabhängige Prüfung

handelt und begründet für sich genommen auch keine Zweifel an der Unparteilichkeit und Unvoreingenommenheit des vom Gericht bestellten Prüfers (vgl. OLG München, Beschluss vom 19. 10. 2006 - 31 Wx 92/05 - NJOZ 2007, 340; OLG Stuttgart, NZG 2004, 146 = ZIP 2003, 2363; OLG Hamburg, ZIP 2004, 2288).

Der Untersuchungsgrundsatz (§§ 26 ff FamFG) gebietet es vorliegend nicht ein Sachverständigengutachten zum Unternehmens- und Anteilswert auf den Stichtag 2.9.2014 erstellen zu lassen.

Die Kammer hält bei der gegebenen Sachlage -- Bestehen eines ungekündigten Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages zum Zeitpunkt der beschließenden Hauptversammlung über den Ausschluss der Minderheitsaktionäre - es vorliegend für sachgerecht, die Angemessenheit der Abfindung durch die Kapitalisierung der in diesem Vertrag vereinbarten und durch Beschluss der Kammer vom 24.2.2015 - 3-05 O 64/11 - erhöhten Ausgleichs auf netto EUR 1,68 (zzgl. betriebl. Körperschaftsteuerbelastung und Solidaritätszuschlag ohne Berücksichtigung persönlicher Steuern, brutto EUR 1,93) je Aktie zu ermitteln.

Eine Anteilsbewertung aufgrund der Ertragswertmethode ist hier nicht sachgerecht. Minderheitsaktionäre haben während der Laufzeit des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages unabhängig von der geschäftlichen Entwicklung zu keinem Zeitpunkt einen Anspruch auf mehr als die im Vertrag vereinbarte (bzw. die durch Gerichtsbeschluss erhöhte) Ausgleichszahlung. Warum dies ohne den Ausschluss der Minderheitsaktionäre anders sein soll, - zumal eine Kündigung dieses Beherrschungsvertrages nicht im Raume stand- ist nicht erkennbar.

Beschränkt sich danach der Anspruch des außenstehenden Aktionärs, der sich gegen die Abfindung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages entscheidet, nach Abschluss dieses Vertrages auf die Ausgleichszahlung als Garantiedividende gemäß § 304 Abs. 2 Satz 1 AktG verliert er aber durch einen nachfolgenden Squeeze-out während des noch bestehenden Vertrages mit seiner Aktionärsstellung den Anspruch auf den Ausgleich bzw. die Garantiedividende, ist bei der Bestimmung der ihm nach § 327a Abs. 1 Satz 1 AktG zu gewährenden angemessenen Abfindung (nur) diese Garantiedividende anstelle einer geplanten Ausschüttung der Gesellschaft zu berücksichtigen (so OLG Frankfurt, Beschluss vom 15.10.2014 - 21 W 64/13 - und bereits Kammerbeschlüsse vom 22.7.2014 - 3-05 O

277/07; 27.5.2014 – 3-05 O 4/07; 7.1.2006 – 3-05 O 75/03 - AG 2006, 757; 2.5.2006 – 3-05 O 160/04 – NZG 2007, 40; v. 22.4.2014 – 3-05 O 104/12; OLG Frankfurt Beschluss vom 07.06.2011 - 21 W 2/11- BeckRS 2011, 16994; OLG Stuttgart OLG Stuttgart, Beschluss vom 17. März 2010 - 20 W 9/08 -; ; KG, NZG 2003, 644; Jonas in Festschrift Kruschwitz, 105, 112; Tebben, AG 2003, 600, 606; dagegen OLG Düsseldorf, BeckRS 2009, 87264; OLG München, OLGR 2007, 45).

Hier ist nämlich zu bedenken, dass sich die Bestimmung der dem Minderheitsaktionär für den Verlust seiner Beteiligung zu gewährenden vollen wirtschaftlichen Kompensation grundsätzlich an den Beträgen orientiert, die den Anteilseignern in der Zukunft zufließen, unabhängig ob diese anhand künftig ausgeschütteter Unternehmenserträge - wie im Fall der Ertragswertermittlung oder anhand der dem Anteilseigner künftig zufließenden Garantiedividenden bemessen wird.

As OLG Frankfurt am Main hat hierzu in seinem Beschluss vom 15.10.2014 – 21 W 64/13 – ausgeführt:

„Hat aber – wie vorliegend - die Gesellschaft als beherrschtes Unternehmen einen Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrag mit fester Ausgleichszahlung abgeschlossen, dann verschafft der Anteil dem Minderheitsaktionär kein Recht auf den anteiligen Unternehmensgewinn. Vielmehr beinhaltet die Aktie einen Anspruch auf die im Unternehmensvertrag vereinbarte Ausgleichszahlung nach § 304 Abs. 1 AktG. Da die Höhe der Ausgleichszahlung unabhängig von der Höhe des tatsächlich erwirtschafteten Gewinns der Gesellschaft ist und zudem – anders als bei einem isolierten Beherrschungsvertrag – es sich auch nicht um eine garantierte Mindestzahlung im Sinne von § 304 Abs. 1 Satz 2 AktG handelt, wirkt sich eine Steigerung des Ertrags der Gesellschaft während der Laufzeit des Unternehmensvertrags auf die festgesetzte Ausgleichszahlung ebenso wenig aus wie ein Verlust des abhängigen Unternehmens (vgl. auch OLG München, ZIP 2007, 375, 376 [OLG München 26.10.2006 - 31 Wx 12/06]). Demgemäß spielt bei einem unterstellten Fortbestehen des Unternehmensvertrages der sich aus den zukünftigen Erträgen ergebende Unternehmenswert für den Wert des dem Minderheitsaktionär entzogenen Anteils grundsätzlich keine Rolle. Entsprechend beinhaltet mit dem Abschluss des Unternehmensvertrages die Aktie nicht mehr einen Anspruch auf anteilige zukünftige Unternehmensgewinne, die den Wert des Unternehmens und damit zugleich im Regelfall den Wert des entzogenen Unternehmensanteils bestimmen, sondern mit ihr verbunden ist ein Anspruch auf eine fixe Ausgleichszahlung. Würde man den Wert der angemessenen Abfindung

gleichwohl anhand des anteiligen Ertragswertes der Gesellschaft bestimmen, wäre damit eine Wertbestimmung anhand zukünftiger Zahlungen verbunden, auf die der Minderheitsaktionär keinen Anspruch hat und die ihm entsprechend auch nicht zufließen. Das Ziel, den Grenzpreis zu ermitteln, zu dem der außenstehende Aktionär ohne Nachteil aus der Gesellschaft ausscheiden kann (vgl. BGHZ 138, 136, 140), würde damit verfehlt. Es lässt sich nur erreichen, wenn die tatsächlich dem Aktionär zufließenden Zahlungen in die Bewertung einfließen.

Die dagegen angeführten Argumente (vgl. Lauber, Das Verhältnis des Ausgleichs gemäß § 304 AktG zu den Abfindungen gemäß den §§ 305, 327a AktG, S. 441 ff mit umfassender Darlegung zum Sach- und Streitstand) überzeugen jedenfalls hier nicht.

Zwar muss die Abfindung nach § 327b Abs. 1 Satz 1 AktG die Verhältnisse der Gesellschaft berücksichtigen, so dass Ausgangspunkt der Wertermittlung der Unternehmenswert der Gesellschaft ist. Der Ausgleichsanspruch ist aber ein vermögensrechtlicher Aspekt des Aktieneigentums des außenstehenden Aktionärs (Jonas in Festschrift Kruschwitz, 105, 112.) Es greift auch die Berufung auf das Stichtagsprinzip jedenfalls bei in der hier gegebenen Sachlage nicht durch. Zwar sind für die Höhe der Abfindung im Rahmen des Squeeze-out nach § 327b Abs. 1 Satz 1 AktG die Verhältnisse zum Zeitpunkt der Hauptversammlung am 2.9.2014 maßgeblich, welche den Übertragungsbeschluss gefasst hat, und nicht diejenigen zum Zeitpunkt des Zustandekommens des vorangegangenen Unternehmensvertrages.

Am 2.9.2014 hatten die Minderheitsaktionäre ohne den Ausschluss aber (nur) eine hinreichend gesicherte Erwartung, zumindest bis auf weiteres die jährliche Garantiedividende zu erhalten; dass diese Garantiedividende auf der Basis einer Unternehmensbewertung aus dem Jahr 2011 errechnet wurde, spielt keine Rolle.

Zwar ist einzuräumen, dass die Minderheitsaktionäre nicht darauf vertrauen durften, ihr Ausgleichsanspruch werde dauerhaft bestehen, weil Unternehmensverträge auch gegen den Willen der außenstehenden Aktionäre beendet werden können (Vgl. Riegger in Festschrift Priester, 661, 674 f). Konkrete Anhaltspunkte für eine solche Beendigung gab es aber zum 2.9.2014 nicht.

Ebenso führt der Hinweis nicht weiter, der Minderheitsaktionär sei trotz bestehendem Unternehmensvertrag weiterhin in vollem Umfang an dem beherrschten Unternehmen beteiligt. Denn diese rechtliche Position kann mittels Squeeze-out dem Aktionär gegen seinen

Willen entzogen werden. Zugleich geht es nur um den wirtschaftlichen Wert dieser Minderheitsbeteiligung durch die damit erzielte Rendite, da aufgrund des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages durch einen Minderheitsaktionär keinerlei wesentlicher Einfluss auf das Unternehmen noch genommen werden kann. Diese wird aber bestimmt durch die Zuflüsse, die dem Minderheitsaktionär aufgrund des Anteils erwachsen, nicht durch eine abstrakte, gleichsam aber nicht zu realisierende Anteilsposition am Gesamtunternehmen. Nicht durchgreifend ist der Einwand, bei dem Abstellen auf die Ausgleichszahlungen handele es sich um einen Verstoß gegen das Stichtagsprinzip, weil damit letztlich auf die Verhältnisse zur Zeit des Unternehmensvertrages abgestellt werde. Langfristige Verträge und deren Bedingungen gehören zwingend zu den Verhältnissen einer Gesellschaft zum Bewertungsstichtag und zwar unabhängig davon, ob die weiterhin gültigen Bedingungen in den Verträgen noch den jetzigen Umständen entsprechen.

Ferner vermag das Argument nicht zu überzeugen, es sei unangemessen, die Minderheitsaktionäre dauerhaft auf einen unter dem eigentlich von der beherrschten Gesellschaft erzielten Ertrag liegenden Betrag zu verweisen. Diese denkbare Möglichkeit ist nicht unangemessen, sondern Konsequenz aus der Risikoübernahme durch die herrschende Gesellschaft, die einen fixe Garantiedividende unabhängig von der konkreten Ertragslage der beherrschten Gesellschaft für die Dauer des Unternehmensvertrages verspricht. Zu konstatieren ist zwar, dass ein zugunsten des herrschenden Unternehmens gespaltenes Risiko insoweit besteht, als dieses sich nicht nur rechtlich, sondern - im Gegensatz zum beherrschten Unternehmen - auch faktisch von dauerhaft zu hohen Ausgleichszahlungen durch die Beendigung des Vertrages entledigen könnte. Hinzu kommt, dass nach der allgemeinen Lebenserfahrung die herrschende Gesellschaft während der Dauer des Beherrschungsvertrages regelmäßig von der Möglichkeit Gebrauch machen wird, das Vermögen der beherrschten Gesellschaft an sich zu ziehen (vgl. Popp, WPg 2006, 436, 442; vgl. auch Röhrich, ZHR 162 (1998), 249, 253), bzw. Konzernverluste - soweit steuerunschädlich - durch das Weisungsrecht in das beherrschte Unternehmen zu verlagern. Dieses gespaltene Risiko sind die Minderheitsaktionäre aber sehenden Auges eingegangen, als sie sich damals bei Abschluss des Unternehmensvertrages gegen die Abfindung und für einen Verbleib im beherrschten Unternehmen sowie damit verbunden für die garantierte Mindestdividende entschieden haben. Hieran müssen sie sich entsprechend im Rahmen des Squeeze-out festhalten lassen. Wer sich für die Ausgleichszahlung entschieden hat, ist

gehalten - wie allgemein im Wirtschaftsleben - nicht nur die damit verbundenen Chancen, sondern auch die korrespondierenden Risiken zu tragen (vgl. Popp, WPg 2006, 436, 443).

Schließlich stehen ebenfalls verfassungsrechtliche Erwägungen nicht entgegen. Art. 14 GG gebietet nur eine volle Entschädigung des Minderheitsaktionärs, d. h. diesem ist der volle Wert seiner Beteiligung auszugleichen. Dieser volle Wert ist aufgrund der fixen Ausgleichszahlung abgekoppelt von den konkreten Erträgen und Verlusten der Gesellschaft. Hinzu kommt, dass den Anforderungen aus Art. 14 Abs. 1 GG bereits bei dem Abschluss des Unternehmensvertrages Rechnung zu tragen war, der verfassungsrechtlichen Konstruktion entsprechend das Aktieneigentum an einer vertraglich beherrschten Gesellschaft ohnehin nicht als gleichwertig der zuvor bestehenden Eigentumsposition einzustufen ist. Andernfalls wäre die Belastung der Mehrheitsaktionärin mit der Verpflichtung zu Abfindung bzw. Ausgleich verfassungsrechtlich nur schwer zu rechtfertigen (vgl. OLG Frankfurt am Main Beschluss vom 07.06.2011 - 21 W 2/11 – BeckRS 2011, 16944-).

Darüber hinaus ist das herrschende Unternehmen infolge seiner Weisungsbefugnis in der Lage, die abhängige Gesellschaft ihrer Vermögenswerte weitgehend zu entkleiden oder sie vollständig in den Konzern einzubinden und ihr im Rahmen der von dem Konzern verfolgten Ziele eine bestimmte Funktion zuzuweisen, so dass es ihr nicht möglich ist, bei Beendigung des Unternehmensvertrages aus eigener Kraft fortzubestehen. Während des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages besteht daher für den Minderheitsaktionär das Risiko, dass sich der Wert seiner Beteiligung an dem beherrschten Unternehmen erheblich reduziert.

Dies führt dazu, dass nicht die im Übertragungsbericht geplanten Ausschüttungen zu Ermittlung der Abfindung der ausgeschlossenen Minderheitsaktionäre zu diskontieren sind, sondern die von der Kammer im Spruchverfahren zum Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag festgesetzte Ausgleichszahlung von (netto) EUR 1,68 vor persönlichen Steuern bzw. brutto EUR 1,93 je Aktie (vor betriebl Steuern).

Es kann daher im vorliegenden Verfahren dahingestellt bleiben, ob die Angriffe der Antragsteller und des gemeinsamen Vertreters gegen die Planungsrechnung durchgreifen.

Im Zuge der unter der Prämisse der hier anzuwendenden Tax-CAPM nach IDW S1 2008 für Bewertungen anzusetzenden Nachsteuerbetrachtung ist dieser von der Kammer festgesetzte Ausgleich von EUR 1,68 nach Unternehmenssteuern nochmals um persönliche Ertragssteuern in Höhe von 26,375 % (Abgeltungsteuer von 25 % zzgl. Solidaritätszuschlag von 5,5 %) zu reduzieren (vgl. OLG Frankfurt, Beschluss vom 28.03.2014 - 21 W 15/11.-; de Vargas in Bürgers/Körper, AktG, 3. Aufl., Anh § 305 RN 34; Paulsen in MünchKomm, AktG, 3. Aufl., § 305 Rn 101 ff mwN) d.h. ein Betrag von EUR 1,24 in die Berechnung der Abfindung einzustellen.

Der feste Ausgleich ist zur Ermittlung des Barwerts der Garantiedividende ist jedoch nicht mit den vollen Kapitalisierungszinssätzen zu diskontieren, die zur Ermittlung des Barwerts der künftigen Erträge des Unternehmens der P+I AG anzusetzen wären. Wird der Barwert des festen Ausgleichs berechnet, muss für die anzuwendenden Zinssätze dasselbe gelten, wie für die Errechnung des festen Ausgleichs durch Verrentung des Barwerts der künftigen Erträge des Unternehmens (vgl. Jonas in Festschrift Kruschwitz, 105, 113). Entgegen dem dortigen Vorschlag kann hier aber nicht auf den zur Ermittlung des festen Ausgleichs im Zuge des Abschlusses des Beherrschungsvertrages verwendeten Zinssatz zurückgegriffen werden, da die maßgeblichen Bewertungsstichtage nicht eng aufeinander folgen, sondern erheblich – über 3 Jahre - auseinanderfallen.

Bei der Kapitalisierung wird üblicherweise ein Mischsatz aus risikofreiem Basiszinssatz und risikoadjustiertem Zinssatz angesetzt, wobei hier regelmäßig der Mittelwert verwendet wird (vgl. OLG Frankfurt am Main, Beschluss v. 15.10.2014 – 21 W 64/13 -), wenn nicht das Zahlungsausfallrisiko des herrschenden Unternehmens einen niedrigeren oder höheren Risikozuschlag gebietet (vgl. Kammerbeschluss vom 22.4.2014 – 3-05 O 104/12 -), wozu doch keiner der Antragsteller oder der gemeinsame Vertreter dem Gericht hierzu verifizierbare Anhaltspunkte vorgetragen hat. Bei einem Spruchverfahren handelt es sich jedoch um ein Streitiges Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit, bei dem sich aus Amtsermittlungsgrundsatz keine Pflicht der Gerichte zu Ermittlungen ins Blaue hinein ableiten lässt (OLG Stuttgart, NZG 2007, 112, 113). Erforderlich sind vielmehr stets ausreichende Anhaltspunkte im Vortrag der Beteiligten (OLG Frankfurt, Beschluss vom 09.02.2010 - 5 W 38/09 - BeckRS 2010, 04682), so dass es hier bei dem üblicherweise verwendeten Mischzinssatz bleibt.

Bei dieser Kapitalisierung ist von einem Basiszins von 2,21 % für den Stichtag 2.9.2014 auszugehen, wie er sich auch nach der eigenen Berechnung der Kammer (NSS-Methode, vgl. hierzu Jonas/Wieland/Blöse/Schiffarth, 2005, 637; Gebhard/Danske WPg 2005, 655; Kniest BewP Nr. 1 2005 S. 9) nach dem maßgeblichen 3-Monatsdurchschnitt im Zeitraum vom 2.6.2014 – 1.9.2014, d.h. vor dem Stichtag ergibt.

Dieser ist aus nach dem für den Zeitpunkt der Bewertung anzusetzenden pauschalierten Steuersatz (Abgeltungssteuer für Kapitalerträge 25 % zzgl. Solidaritätszuschlag = 26,375 %) auf 1,62 % zu reduzieren.

Der vorgenannte Basiszinssatz wäre an sich um einen Risikozuschlag zu erhöhen, da es sich bei den jährlichen Ausgleichszahlungen um keine quasi risikolose Zahlungsreihe wie bei einer Bundesanleihe handelt (OLG Frankfurt Senat, Beschluss vom 7. Juni 2011 – 21 W 2/11 -; OLG Stuttgart, Beschluss vom 14. Februar 2008 – 20 W 10/06 -).

Regelmäßig wird dabei als Zuschlag für die Ermittlung des Barwertes der Ausgleichszahlungen ein Wert angenommen, der unter dem Risikozuschlag für die Ertragswertberechnung liegt. In der Praxis der Unternehmensbewertung ist es insoweit üblich, die Hälfte des entsprechenden Zuschlages heranzuziehen, der für die Ertragswertberechnung ermittelt worden ist (vgl. dazu OLG Frankfurt, Beschluss vom 16. Juli 2010 – 5 W 53/09,.; Beschluss vom 15. Februar 2010 – 5 W 52/09 -; OLG München, AG 2008, 28, Popp, WPg 2006, 436, 439; Ruthard, Der Konzern 2013, 615, 621. Denn in Rede steht nicht das Risiko schwankender Erträge der beherrschten Gesellschaft, sondern das Risiko, dass die fixen Ausgleichszahlungen aufgrund einer Insolvenz der herrschenden Gesellschaft ausbleiben, sowie die Möglichkeit einer Kündigung des Unternehmensvertrages verbunden mit einem hierdurch bedingten Ausfall weiterer Zahlungen, wobei mit Blick auf den zweiten Gesichtspunkt gleichzeitig zu berücksichtigen ist, dass sodann den Aktionären erneut anteilige Erträge zufließen, die ihrerseits wieder risikobehaftet sind.

Abweichend vom Übertragungsbericht und der sachverständigen Prüferin hält die Kammer eine Marktrisikoprämie von 5,5 % entsprechend der Verlautbarung des FAUB vom 19.9.2012 für problematisch (vgl. Kammerbeschluss vom 8.6.2015 – 3-05 O 198/14 -). Doch kann dies hier dahingestellt bleiben, da auch bei Annahme einer Marktrisikoprämie von 4,5 % nach Steuern- wie sie die Kammer bislang gebilligt hat – sich keine Abfindung über dem Wert von EUR 70,90 ergäbe. Es kann auch dahingestellt bleiben, ob der im Übertragungsbericht verwendete und vom sachverständigen Prüfer gebilligte Beta -Faktor von 0,82 (unverschuldet) hier sachgerecht ist. Selbst wenn man nämlich hier von gar keinem

Risikozuschlag bei der Kapitalisierung ausginge und nur den Basiszins nach Steuern von 1,62 % ansetzte, ergibt sich nach der Barwertformel für künftige Erträge, wobei die Formel des Barwertfaktors zugrunde gelegt wurde, wie sie sich aus der Anlage I zu § 20 WertVO (vgl. Hartmann, Kostengesetze, 43. Aufl., Anhg zu § 46 GNotKG) ergibt, nur ein Betrag von ca. EUR 61,20, mithin ein Betrag der unter der beschlossenen Abfindung von EUR 70,90 liegt.

Bei dieser Sachlage ist den Anregungen einzelner Antragsteller nicht nachzugehen, die Vorlage der Arbeitspapiere von _____ und des sachverständigen Prüfers anzuordnen, um eine Überprüfung der Unternehmensbewertung zu ermöglichen.

Die Entscheidung über die gerichtlichen Kosten folgt aus § 23 Nr. 14 GNotKG und die zu den außergerichtlichen Kosten aus § 15 Abs. 2 SpruchG.

Danach findet eine Kostenerstattung grundsätzlich nicht statt, es sei denn, die Billigkeit unter Berücksichtigung auf den Ausgang des Verfahrens gebietet eine andere Entscheidung (vgl. Weingärter in Heidel, Aktienrecht und Kapitalmarktrecht, 4. Auflage, § 15 SpruchG Rn 22 ff mwN). Dies ist hier nicht der Fall. Im Hinblick darauf, dass es nicht zu einer gerichtlichen Korrektur der Abfindung kommt, sind Billigkeitsgründe nicht ersichtlich, die eine Erstattung der außergerichtlichen Kosten der Antragsteller durch die Antragsgegnerin rechtfertigen könnten.

Dies betrifft auch die Kosten des Beschwerdeverfahrens vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main - Az.: 21 W 49/15 – an dem die hiesigen Beteiligten zu 84) und 85) sowie die Antragsgegnerin beteiligt waren und das Oberlandesgericht Frankfurt am Main in seiner Entscheidung vom 24.6.2015 die Entscheidung über die Kosten dieses Beschwerdeverfahrens dem Landgericht vorbehalten hat.

Die Bestimmung des Geschäftswerts für das Gericht ergibt sich aus § 75 GNotKG. Danach richtet sich der Geschäftswert nach dem Betrag, den alle antragsberechtigten Aktionäre zu dem ursprünglich angebotenen Betrag insgesamt fordern können, mindestens jedoch 200.000,- EUR und höchstens 7,5 Mio. EUR. Mangels Erhöhung der Abfindung bleibt es bei dem gesetzlichen Mindestwert von EUR 200.000,-.

Die Beschwerde war nicht zuzulassen, wenn die Beschwer EUR 600,- nicht übersteigt.

Zur Frage der Zulassung einer Beschwerde folgt die Kammer der Entscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main vom 21.5.2012 – WpÜG 10/11 -.

Auch im gesellschaftsrechtlichen Spruchverfahren handelt es sich um eine vermögensrechtliche Streitigkeit wie im Verfahren nach § 39a WpÜG, für die § 61 FamFG seit 1.9.2009 gilt. Nach § 17 SpruchG finden die Vorschriften des FamFG Anwendung, soweit sich aus dem SpruchG selbst nichts anderes ergibt. Da das SpruchG über die Beschwerde keine Regelung enthält, bleibt es bei der Bestimmung des § 61 Abs. 1 Nr. 1 FamFG, d.h. der Wert des Beschwerdegegenstandes muss EUR 600,- übersteigen (vgl. Drescher in Spindler/Stilz, AktG 2. Aufl., § 12 SpruchG Rz. 7).

Eine Zulassung gem. § 61 Abs. 2 FamFG bei Unterschreiten von EUR 600,- ist nicht geboten. Es gibt vorliegend keinen Grund, der es erforderlich machen würde, Beteiligte in Spruchverfahren, die mit ihrem früheren Aktienbesitz und die daraus begehrte Erhöhung der Kompensation die Wertschwelle nicht erreichen, anders zu behandeln als Beteiligte in sonstigen zivilrechtlichen Streitsachen oder in Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit, wo bei Nichterreichung des Beschwerdewerts bzw. der Berufungssumme ebenfalls kein zweiter Rechtszug eröffnet ist, zumal keiner der Beteiligten auch die Zulassung beantragt hat.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diese Entscheidung ist das Rechtsmittel der Beschwerde gegeben, die binnen eines Monats nach Zustellung beim Landgericht Frankfurt am Main durch Einreichung einer von einem Rechtsanwalt unterzeichneten Beschwerdeschrift einzulegen ist. Die Beschwerde muss die Bezeichnung des angefochtenen Beschlusses, sowie die Erklärung enthalten, dass Beschwerde gegen diesen Beschluss eingelegt wird und es muss eine Beschwerde von über EUR 600,- gegeben sein.